

André Stinka (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Aktualität des Antrags machen das Wochenende und die damit einhergegangenen Demonstrationen noch einmal deutlich.

Kurz zur Ausgangslage und zum Inhalt des Antrags. Im Jahr 2005 wurden bestrahlte Brennelemente aus dem ehemaligen DDR-Forschungsreaktor in Sachsen in das Transportbehälterlager Ahaus transportiert und dort eingelagert. Es ist nunmehr geplant, diese Castorbehälter mit den bestrahlten Brennelementen aus Rossendorf im Rahmen eines russischen Rückführungsprogramms in die Wiederaufbereitungsanlage Majak zu transportieren.

Die nationale Federführung obliegt hierbei dem Auswärtigen Amt und dem Bundesministerium für Wirtschaft unter sachbezogener Beteiligung des Ministers für Umwelt und Reaktorsicherheit in Berlin.

(Rainer Schmeltzer [SPD] kritisiert gegenüber dem Präsidium die anhaltende Unruhe.)

André Stinka (SPD): Ich mache noch einmal deutlich, dass die Federführung für die Rückführung beim Auswärtigen Amt und dem Bundesministerium für Wirtschaft unter sachbezogener Beteiligung des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit liegt. Auch hier gilt also für die SPD-Fraktion: Der Atomminister Röttgen muss die Interessen Deutschlands und Nordrhein-Westfalens wahren und ein gewichtiges Wort mit-sprechen.

Kollege Eiskirch hat eben ausgeführt, dass Nordrhein-Westfalen sehr stark betroffen ist. Deshalb werden wir den Bundesumweltminister in den Wirtschaftsausschuss des Landtags einladen und ihn befragen, wie er vor dem Hintergrund der aktuellen Lage die Sicherheit bei der Rückführung nach Majak, die innerhalb weniger Monate stattfinden muss, gewährleisten kann, welchen Eindruck er gerade vor dem Hintergrund der Waldbrände und der schwierigen Umweltbedingungen in Majak hat und ob er diese Tatsachen vertreten kann.

Klar ist: Das Land Nordrhein-Westfalen ist stark von diesen Transporten betroffen, ohne sie schlussendlich verhindern zu können. Dem Ministerium für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr obliegt lediglich die atomrechtliche Aufsicht in diesem Bereich. Es gibt keine Entscheidungskompetenz für die entsprechenden Transporte.

Es ist daher gut und richtig - wir haben das heute Morgen schon ausgiebig dargestellt -, dass die Landesregierung alles unternehmen will, Atomtransporte möglichst zu vermeiden - jedoch immer auf einer rechtlichen Grundlage. Wir wissen, dass die Landesregierung bereits im Jahr 2005 auf rechtlichem Weg bis zum Bundesverwaltungsgericht versucht hat, Transporte aus Sachsen nach Ahaus zu verhindern. Wir sind in dem Verfahren unterlegen. Vor diesem Hintergrund wird es keine rechtlichen Mittel geben, um den Transport zu verhindern.

Deshalb und aufgrund der gerade von mir angesprochenen und durch die schwarz-gelbe Atompolitik neuerlich entfachten Massenproteste müssen wir feststellen, dass die Endlagerfrage nach wie vor ungelöst ist. In der vorherigen Debattenrunde hat Herr Hovenjürgen ausgeführt, man müsse sich dem Konsens stellen. Ich frage erneut, wo der Konsens bei der Endlagerfrage in Bayern, Baden-Württemberg und in anderen Ländern ist, die die Atomkraft deutlich nutzen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)


Energiepolitik findet nach unserer Auffassung nicht nach dem Sankt-Florians-Prinzip statt. Wir wissen doch, dass allein in der deutschen Atomwirtschaft Jahr für Jahr rund 400 t hochradioaktiver Müll anfällt. Das ist eine Situation, die durch die Laufzeitverlängerung, auch wenn es Herr Röttgen negiert, noch deutlich verschärft wird. Die Laufzeitverlängerung wird zu einer Vergrößerung des Abfallberges von 4.400 t auf 21.600 t bis zum Jahr 2040 führen. Auch deshalb ist es richtig, dass die Landesregierung Schritte ergreifen wird, damit am vereinbarten Atomausstieg festgehalten wird. An dieser Stelle möchte ich die Klage deutlich herausstellen, dass der Bundesrat eben nicht beteiligt wird.

Wir stehen zum Prinzip der sicheren Zwischenlagerung, vom Entstehungsort bis zur Lösung der Endlagerfrage, um gefährliche Atomtransporte weitestgehend zu vermeiden. Gleichzeitig wissen wir - das sage ich ganz deutlich -, dass Ahaus lediglich ein Zwischenlager ist. Es ist nicht als Endlager konzipiert.

Hinzu kommt - Kolleginnen und Kollegen, ich habe das bereits ausgeführt -, dass die Gefahren der Atomenergie vor nationalen Grenzen nicht Halt machen. Tschernobyl macht das deutlich, die Waldflächenbrände habe ich angedeutet, und die Atomendlager in Russland zeigen, dass die Endlagerfrage auch dort sehr kritisch gesehen werden muss.

Nordrhein-Westfalen wird durch die verantwortungslose Politik der einstigen Klimakanzlerin und des Atomministers Röttgen vor allem im Bereich des Polizeischutzes erheblich belastet. Wir haben heute Morgen schon besprochen, was die Kolleginnen und Kollegen von der Polizei dort zu leisten haben. Diese Belastungen sind insbesondere dann nicht zu rechtfertigen und in der Öffentlichkeit nicht zu vermitteln, wenn zwei Transporte innerhalb einer kurzen Zeit, 2005 und jetzt, nach Russland stattfinden müssen. Es kommt in der jetzt von der CDU und der FDP entfachten und ohne Not aufgeheizten Situation darauf an, im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten auf das Transportgeschehen auch vor dem Hintergrund des Polizeieinsatzes Einfluss zu nehmen. Das wird die Landesregierung tun. Es kann nicht richtig sein, dass die Transporte kurzfristig durchgeführt werden und sich niemand fragt, wie beispielsweise die Kostenfrage gelöst wird.

(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)



Der CDU-Innenminister von Schleswig-Holstein - so darf man in den Medien vernehmen - geht ganz klar davon aus, dass die Kosten der Bund übernimmt, der für diese Politik verantwortlich ist.

Wir werden über den Antrag noch einmal intensiv zu sprechen haben. Er macht deutlich, dass diese Vorgehensweise so nicht richtig ist und auch in der Bevölkerung keinen Widerhall finden wird. - Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

